

Elkhabar (private algerische Tageszeitung), 09/06/2008

Der Vorsitzende der Nationalen Beratungskommission für den Schutz und die Förderung der Menschenrechte, Farouk Ksentini, gegenüber "Elkhabar":

"Man muß die Leichen der illegalen Auswanderer mit einem extra Schiff aus Almeria und Sardinien herbringen"

Der Vorsitzende der staatlichen algerischen Nationalen Beratungskommission für den Schutz und die Förderung der Menschenrechte rief dazu auf, ein algerisches Schiff einzusetzen, um die Leichen der illegalen algerischen Auswanderer, die sich in den Leichenhallen von Spanien und Italien stapeln, herzuholen. Ksentini erklärte gegenüber "Elkhabar", dem Phänomen der illegalen Auswanderung könne man nicht beikommen, ohne für die jungen Leute Arbeitsplätze bereitzustellen.

Was können die staatlichen Stellen Algeriens bezüglich der Leichen der illegalen Auswanderer tun, die sich in Leichenhallen Sardinien und Almerias befinden?

Die staatlichen Stellen Algeriens müssen es angehen, die Leichen der jungen Algerier herzuholen, die an den weiten Küsten des spanischen Almeria und italienischen Sardinien den Tod fanden, um sie in ihrem Land zu beerdigen. Außerdem hat man herausgefunden, dass es sich um hunderte Leichen handelt. Von daher müssen wir handeln und sie hierher und aus den Leichenhallen herausholen, selbst wenn dies die Bereitstellung eines algerischen Schiffes nötig machte. Einige Leichen befinden sich auch in einem fortgeschrittenen Zustand der Verwesung. Sie bleiben daher unidentifiziert, doch man muss intervenieren, um sie als Tote zu ehren.

Diese Leichen sind aber nicht identifiziert, und möglicherweise befinden sich unter ihnen auch die Leichen von Menschen anderer Nationalitäten?

Das ist doch kein Problem, wenn unter den Leichen der Algerier auch welche von Tunesiern, Marokkanern oder Libyern wären. Wir können es doch nicht zulassen, dass die Leichen unserer Kinder im Ausland dahingeworfen sind.

Was hat die Beratungskommission getan bezüglich der Situation dieser Leichen, aber auch bezüglich des Phänomens der illegalen Auswanderung allgemein?

Die Beratungskommission für Menschenrechte hat dem Staatspräsidenten einen detaillierten Bericht vorgelegt, in dem sie auf die Gefährlichkeit des Phänomens der illegalen Auswanderung der Jugendlichen hingewiesen hat, die in den Todesbooten eine Reise ins Unbekannte antreten. Und wir werden noch weitere Berichte erstellen, um noch stärker darauf aufmerksam zu machen, wie schwerwiegend die Dinge sind, mit denen unsere jungen Leute konfrontiert sind, insbesondere weil es Informationen gibt, die bestätigen, dass sie diesen Sommer zur illegalen Ausreise nutzen werden.

Welche Ursachen stecken hinter der Ausweitung des Phänomens bei den Jugendlichen?

Die wirklichen Gründe, die hinter der Zuspitzung des Phänomens der illegalen Auswanderung unter den Jugendlichen stecken, liegen im Fehlen fester Arbeitsplätze. Dies bringt sie dazu, dem Tod ins Auge zu sehen, um nach einem Leben zu suchen, welches nicht - wie sie es erwarten - das beste ist.

Was ist die Lösung, um das Phänomen zurückzudrängen, insbesondere da die Netzwerke der illegalen Auswanderung bestätigen, dass sie in diesem Sommer ihre Aktivitäten verstärken werden?

Die endgültige Lösung dieses Problems bleibt der Dialog. Wir schlagen vor, Kanäle des Dialogs zu öffnen, denen man nicht aus dem Wege gehen kann. Außerdem - warum hält nicht der Ministerpräsident eine klare Ansprache an die Jugend, um sie zu sensibilisieren und ihnen zu versichern, dass ihnen Arbeitsplätze bereitgestellt werden?

Meinen Sie nicht, dass Haftstrafen für die illegalen Auswanderer im Widerspruch zur Logik des Verbrechens der illegalen Auswanderung steht?

Mein Vorschlag ist, dass die Jugendlichen, die festgenommen wurden, nachdem ihr Versuch vereitelt worden war, illegal auszuwandern, nicht zu Haftstrafen verurteilt werden - selbst wenn diese Jugendlichen gegen ein Gesetz verstoßen haben. Man sollte sie höchstens unter gerichtliche Aufsicht stellen oder zu Haftstrafen auf Bewährung verurteilen, denn Abschreckung kann keine Lösung sein.

Übersetzung durch das Antirassismus-Projekt des AStA der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg